

Wie hältst Du's mit dem Freihandel?

WAHLCHECK „Stop CETA & TTIP“ überprüft Parteien

Die „Stop CETA & TTIP“-Plattform hat die Stellungen der politischen Parteien zu den Freihandelsabkommen überprüft. Das Fazit: klare unterschiedliche Positionen.

Die auslaufende Legislaturperiode war von äußerst lebendigen Debatten über die Ausrichtung der Globalisierungspolitik geprägt. Dies vor allem wegen der Diskussionen über die zwei geplanten Freihandelsabkommen TTIP (Abkommen zwischen EU und USA) sowie CETA (Abkommen zwischen EU und Kanada).

Die Ausrichtung der Handelspolitik hat dabei erhebliche ökologische, demokratische und soziale Auswirkungen. Heutige globale Handelsstrukturen tragen maßgeblich zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten bei. Sie sind prägend mitverantwortlich für die weltweiten ökologischen und sozialen Probleme sowie aus demokratischer Sicht äußerst umstritten. Deshalb ist die Haltung der politischen Parteien zur Globalisierungspolitik, zur Organisation des Welthandels sowie zu den bestehenden und zukünftigen Freihandelsabkommen von elementarer Bedeutung. Aus diesem Grund hat die Luxemburger „Stop CETA & TTIP“-Plattform im Vorfeld der Wahlen die Parteien, die in allen vier Wahlbezirken antreten, mit diesbezüglichen Fragen konfrontiert.

Grundsätzlich bekennen sich alle Parteien zu einem sozial und ökologisch gestalteten Welthandel, basierend auf demokratischen Prinzipien. Die entsprechenden generellen Aussagen der Parteien seien im Folgenden deshalb nicht mehr spezifisch übernommen. Es gibt aber natürlich wichtige „Nuancen“ zwischen den Parteien.

„déi Lénk“ hat die weitreichendste Forderung, indem sie angibt, dass „der Welthandel grundsätzlich reformiert werden muss“. Man müsse sich gegen die „starke Konkurrenzsituation zwischen den Ländern in Handelsfragen“ einsetzen, „die zwangsläufig eine Schwächung von sozialen oder ökologischen Prinzipien mit sich bringt“. Die Linke tritt in der Konsequenz für die Gründung einer neuen Welthandelsorganisation auf UN-Ebene ein.

„déi gréng“ führen explizit an, „Verbraucher-, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards sowie die Menschenrechte in internationalen Handelsbeziehungen stärken“ zu wollen, um somit auch den globalen Herausforderungen gerecht zu werden (Klimakrise, Ressourcenverschwendung, Armut und Hunger, gewalttätige Konflikte und Kriege...). Die CSV setzt sich für einen Welthandel „innerhalb multilateraler Strukturen“ ein, da nur dieser „chaotische Zustände, wie

wir sie gegenwärtig leider im Handelskonflikt mit den USA haben, verhindern“ könne.

Sie tritt dabei für eine Neuorientierung ein, jedoch „eher für eine evolutive als für eine fundamentale“; Details, wie die Neuerungen aussehen sollen, werden von der CSV nicht genannt.

Die LSAP macht ihrerseits keine weiteren verbindlichen Aussagen, die über die generellen hinausgehen, ebensowenig die ADR.

Die „Stop CETA & TTIP“-Plattform setzt sich dafür ein, dass auch bestehende Freihandelsabkommen überarbeitet werden. Dabei stehen auch zwei Aspekte besonders zur Debatte: der Investorenschutz, d.h. die Schaffung einer Paralleljustiz außerhalb der „normalen Gerichte“, verbunden mit weitgehenden Rechten der Betriebe gegenüber den Ländern (z.B. Hinterfragung von Normen und Standards, die den Gewinn der Betriebe schädigen könnten) sowie die regulatorische Kooperation.

Auch gibt es klare Differenzen bei den Parteien. Vor allem „déi gréng“ und „déi Lénk“ sprechen sich ausdrücklich gegen den Investorenschutz sowie die regulatorische Kooperation aus.

Die Plattform „Stop CETA & TTIP“ ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher Organisationen der Zivilgesellschaft.